

„Besser wirtschaften. Denn Steuergeld ist Euer Geld“: unter diesem Motto startet an diesem Wochenende die **Sommer-Kampagne der ÖVP Linz**. Es geht im Kern um das Aufzeigen der Notwendigkeit einer finanzpolitischen Trendwende hin zu **wirtschaftspolitischen Impulsen** und **Investitionen in die Zukunft** aus dem Linzer Stadtbudget.

ÖVP-Obmann Vizebürgermeister Bernhard Baier bietet der Linzer Bevölkerung einen **neuen finanzpolitischen Kurs mit neuen Zukunftsperspektiven** an. Daher die drei zentralen Ansatzpunkte der ÖVP Linz:

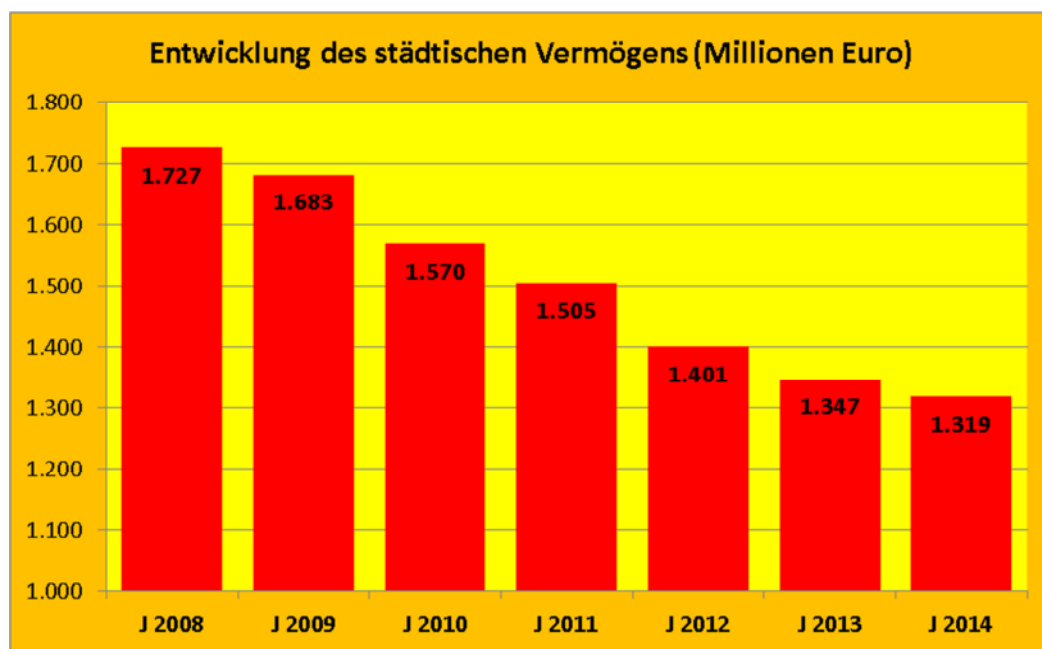
- **Stopp der Schuldenpolitik!**
- **Abbau des vorhandenen Schuldenberges!**
- **Zukunftsinvestitionen in Daseinsvorsorge aus Zukunfts-Fonds!**

Die finanzpolitische Trendwende in der Landeshauptstadt ist auch notwendig, um in der aktuellen Arbeitsmarktkrise aus dem Budget gegensteuern zu können und die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. Die aktuellen AMS-Daten weisen für Linz 10.534 Menschen ohne Arbeit aus (davon 8.644 unmittelbar arbeitslos gemeldet und 1.890 in Schulungen). Auffällig sind daran insbesondere drei Entwicklungen: **2.027** Linzerinnen und Linzer ohne Arbeit sind jünger als 24 Jahre, **3.500** Linzerinnen und Linzer ohne Arbeit haben ausländische Staatsbürgerschaft und **6.211** der Linzerinnen und Linzer ohne Arbeit können nicht mehr als einen Pflichtschulabschluss vorweisen.

In welche Nöte die jahrelange Schuldenpolitik der SPÖ-Finanzreferenten Linz mittlerweile gebracht hat, wird an der weiterhin fehlenden Initiative im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wieder augenscheinlich: obwohl im Gemeinderat auf Initiative der ÖVP im März 2015 ein Hilfs-Paket beschlossen wurde (heuer bis zu 500.000 Euro), blockiert die SPÖ die Inkraftsetzung dieser Maßnahmen. Aus Sicht der ÖVP wären aber Unterstützungsmaßnahmen für Bildungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme höchst dringlich. Die Finanznöte verhindern bislang aber offenkundig eine Freigabe durch die SPÖ.

408 MILLIONEN EURO VERMÖGEN VERLOREN!

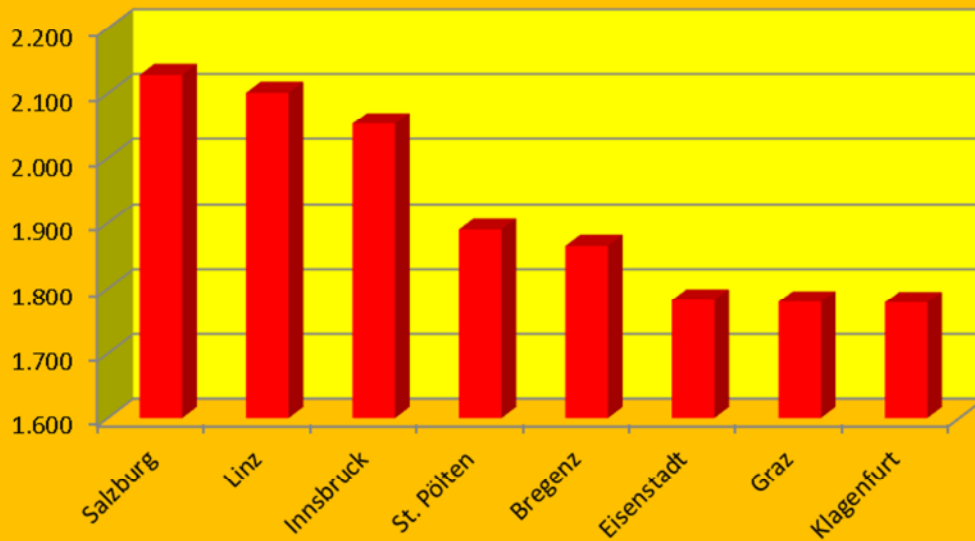
Wie sehr die jahrelang verfehlte Finanzpolitik der SPÖ mittlerweile auf Kosten der Substanz und der Zukunft der Landeshauptstadt Linz geht, zeigt der Blick auf die Entwicklung des städtischen Vermögens (Eigenmittel). Diese Mittel sind zwischen 2008 und Ende 2014 von 1,727 Milliarden Euro auf 1,319 Milliarden Euro gesunken – das bedeutet: das städtische Vermögen ist innerhalb dieser sieben Jahre um 408 Millionen Euro geschrumpft. In der Berechnung seit dem Jahr 2001 beträgt der Vermögensverlust sogar 628 Millionen Euro.



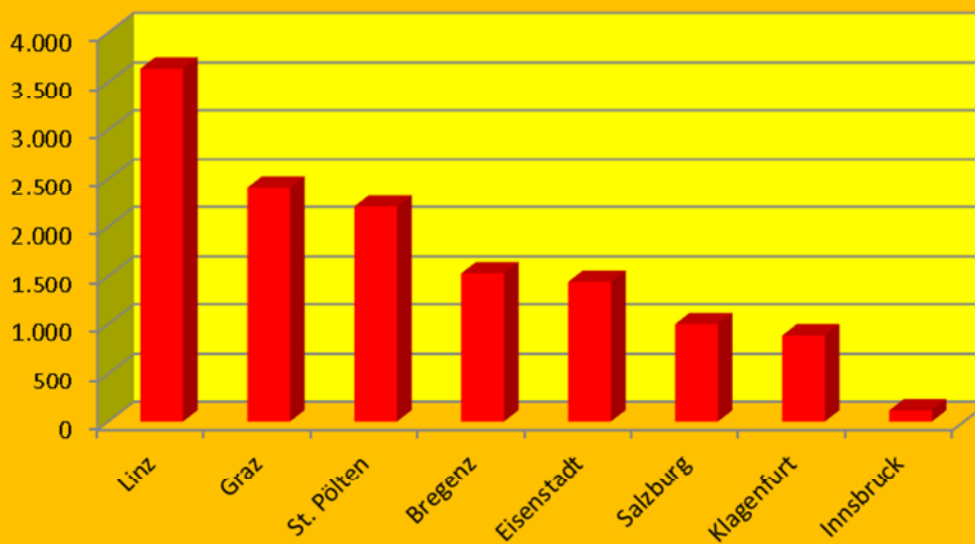
Auch der jüngste Städtevergleich der Statistik Austria unterstreicht die problematische Finanzsituation der Stadt Linz: demnach liegt Linz in der Finanzkraft pro Kopf (Einnahmen aus Gemeindeabgaben und Ertragsanteilen) knapp hinter Salzburg auf Platz 2, gleichzeitig aber auch in der Pro-Kopf-Verschuldung mit 3.638 Euro ganz an der Spitze. Heißt: trotz bester Ausgangsbedingungen wurde Linz unter Ägide der SPÖ zu einem finanzpolitischen Problemfall!

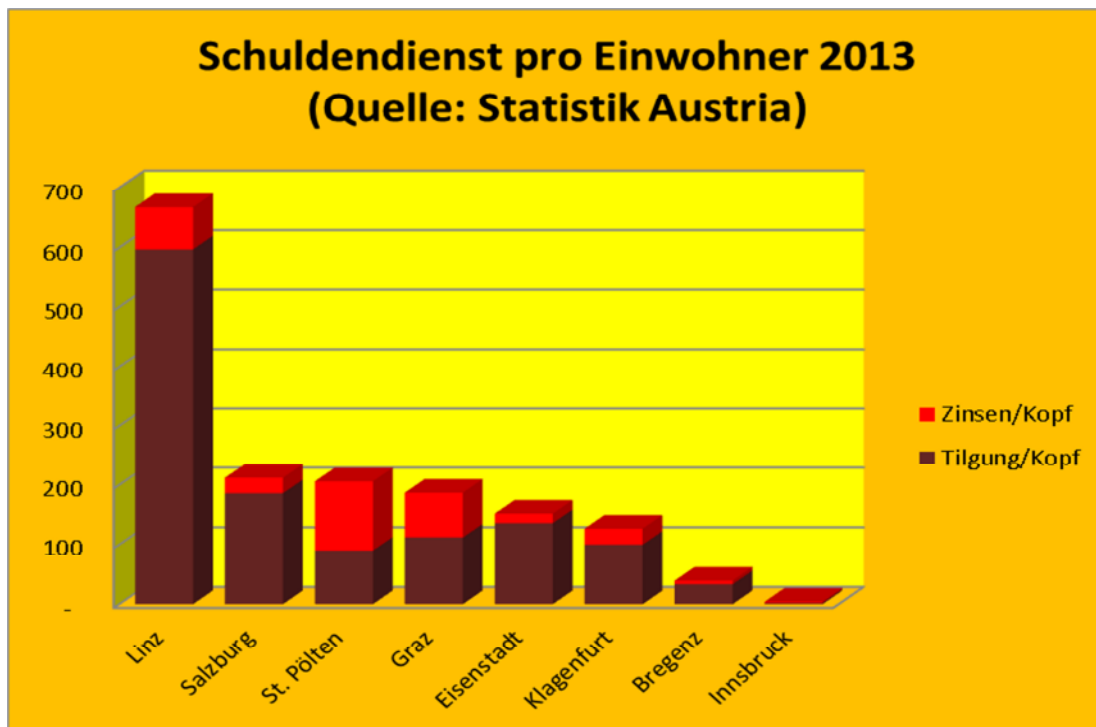
Finanzkraft pro Kopf (Statistik Austria)

Einnahmen aus Gemeindeabgaben und Ertragsanteilen



Finanzschulden pro Einwohner (Statistik Austria)





Pro Linzerin und Linzer fallen laut Statistik Austria im Jahr 667 Euro an fälligen Schuldenraten und Schuldenzinsen an. Damit liegt Linz auch da mit Abstand an der Spitze. Die folgenden Städte (Salzburg, St. Pölten) liegen bei rund 200 Euro



STOPP DER SCHULDENPOLITIK!

Besser wirtschaften heißt aus Sicht der ÖVP Linz zu aller erst: Einstellung der weiteren Verschuldung. Die derzeit vorliegende Mittelfristige Finanzplanung zeigt für die kommenden Jahre neuerliche Defizit-Budgetierungen und den Status der steuerreichen Stadt Linz als Abgangsgemeinde.

Die ungedeckten Abgänge im Linzer Stadtbudget betragen in der Gesamtsumme 2015-2019 satte 196,8 Millionen Euro.

Damit verbunden ist ein dramatischer Anstieg jener Finanzmittel, die aus dem Budget für die Bezahlung von Schuldzinsen abfließen müssen. Gegenüber 2010 (7,4 Millionen Euro) ist im Rechnungsabschluss 2014 bereits ein hoher Anstieg der jährlichen Zinsenlast auf 12,9 Millionen Euro enthalten. Bis zum Jahr 2019 wird diese jährliche Zinsenlast laut Mittelfristiger Finanzplanung auf 21,6 Millionen Euro explodieren. Dabei sind Zinsen für ausgelagerte Schulden und für außerbudgetäre Finanzierungen noch gar nicht eingerechnet!

Wie massiv diese laufende Verschuldung mit ihrer Zinsenlast auf die Zukunftsspielräume der Stadt Linz drückt, zeigt folgender Vergleich: im Linzer Pflichtschulbudget wurden 2014 für neue Unterrichtsmittel heuer gerade einmal 110.600 Euro ausgegeben, für neue EDV-Geräte gerade einmal 48.000 Euro. Und: während über das Gebäudemanagement im Vorjahr 31.400 Euro für die Modernisierung der schulischen Raumausstattung aufgewendet wurden, flossen aus diesem Budget 298.700 Euro für Schuldenraten ab!



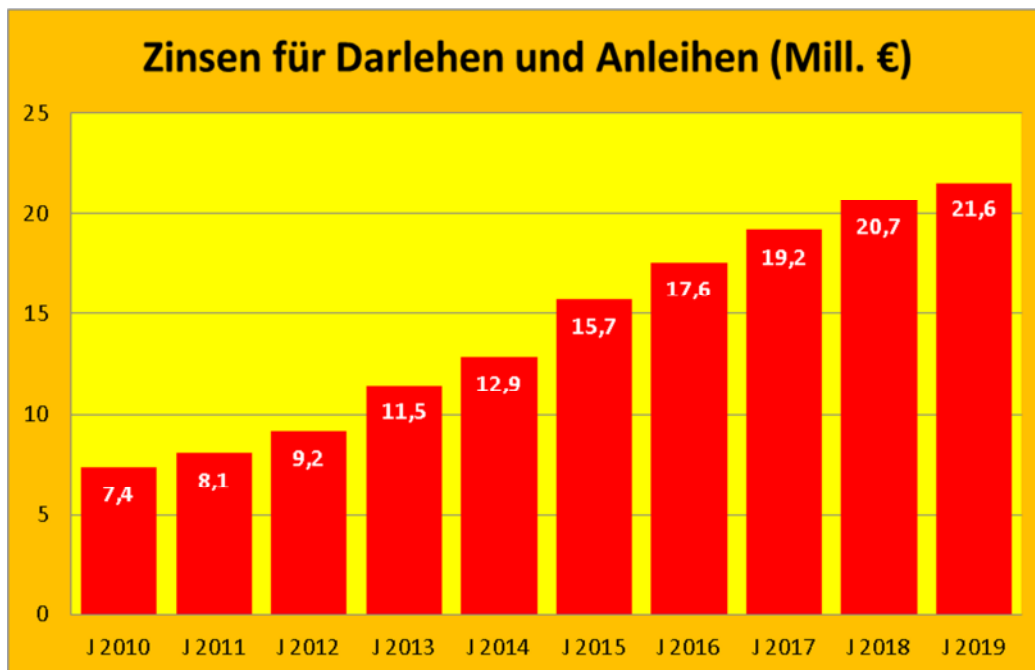
ABBAU DES SCHULDENBERGES

Der Rechnungsabschluss 2014 weist für die Stadt Linz per Jahresende 2014 eine budgetäre Verschuldung in Höhe von 701,1 Millionen Euro aus. Bis Ende 2015 wird dieser budgetäre Schuldenstand auf 709,8 Millionen Euro weiter ansteigen. Damit ist laut Mittelfristiger Finanzplanung aber noch immer nicht der Plafond erreicht: 2016 wird ein Schuldenniveau von 714 Millionen Euro erreicht.

Noch gar nicht eingerechnet sind dabei die Kassenkredite („Kontoüberziehungen“) für die ungedeckten Budgetdefizite. Diese werden 2019 ein Niveau von 266 Millionen erreicht haben, sodass die Gesamtverschuldung der Stadt dann bei 969 Millionen Euro liegen wird. Inklusive aller Schulden in Gesellschaften der Stadt, beträgt der Gesamtschuldenstand 2019 dann 1,7 Milliarden Euro.

Donnerstag, 11. Juni 2015

Mit der fortschreitenden budgetären Verschuldung sind wie erwähnt exorbitant steigende Zahlungen für Zinsen verbunden. Der Langfristvergleich (inklusive der Mittelfristigen Finanzplanung) zeigt folgendes Bild:



Und all dies, bei Fortrechnung des derzeit vergleichsweise niedrigen Zinsniveaus. Bei einem Anziehen der internationalen Zinssätze ist mit einem entsprechend deutlichen Anschwellen der Linzer Zinsenbelastung zu rechnen.



NEUE INVESTITIONSSPIELRÄUME

Heuer sind im Linzer Stadtbudget Investitionen in Höhe von 63,7 Millionen Euro veranschlagt. Gemessen an den Gesamtausgaben von 777 Millionen Euro errechnet sich daraus eine Investitionsquote von gerade einmal noch 8,2 %. Bis 2019 zeichnet sich in der Mittelfristigen Finanzplanung ein weiteres Absacken der städtischen Investitionen auf 57,6 Millionen Euro bzw. 7,3 % ab.

Zudem wurden die Investitionen gerade in den Zeiten der Krise schon massiv gekürzt: durch eine Revision der Mittelfristigen Finanzplanung sind aus den Budgets 2015-2018 Investitionsvorhaben von 35 Millionen Euro verschwunden. Zunächst war für diesen Zeitraum nämlich ein Investitionsvolumen in Höhe von 286 Millionen Euro vorgesehen, faktisch umgesetzt werden laut der neuen Planung aber nur Vorhaben im Wert von 251 Millionen Euro.

Damit wirkt die Stadt Linz in Krisenzeiten also nicht antizyklisch und investitionsstark, sondern zyklisch und investitionsenkend!

- **Richtig investieren** heißt aus Sicht der ÖVP Linz: gerade in Krisenzeiten zusätzliche Impulse liefern, um Beschäftigung zu sichern und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Gegenmodell der ÖVP Linz: Einrichtung eines Zukunftsfonds, der mit den Einnahmen aus Firmenbeteiligungen sowie Verkaufserlösen gespeist wird. Aus diesem Fonds sollen die sukzessive Entschuldung der Stadt vorangetrieben und investive Zukunftsprojekte der Daseinsvorsorge finanziert werden.
- **Richtig investieren** heißt aus Sicht der ÖVP auch: insbesondere Projekte mit Beschäftigungs-Potenzial umsetzen. Die richtigen Wege zeigt dafür eine Studie des Joanneum Research in Graz (2012) auf. Dort wurden investive Projekte auf ihre Multiplikator- und Arbeitsmarkt-Wirkung hin untersucht. Kurzfristig zeigen sich die höchsten Multiplikator-Effekte bei (Wohn)bauinvestitionen (x 1,7), bei Investitionen in Telekommunikation und Softwares (x 1,7) sowie bei der Investition von öffentlichen Geldern in die aktive Arbeitsmarktpolitik. Pro investierte Millionen Euro lösen diese Maßnahmen einen Beschäftigungseffekte zwischen 20 und 25 regionalen Stellen aus – wobei $\frac{3}{4}$ davon neu geschaffen werden.
- **Richtig investieren** heißt insbesondere auch: öffentliche Gelder zielgerichtet investieren. Daher hat die ÖVP Linz zuletzt zB. Zuschüssen an die ILG dort zugestimmt, wo es um Schulen, Kinderbetreuung, Seniorenbetreuung etc. geht. Einen neuen Weg hat die ÖVP beim wichtigen Projekt Tabakfabrik erreicht. Dort soll unter Einbindung von privaten Investitionsmitteln endlich Tempo gemacht werden – auf Basis klarer Zielvorgaben für die künftige Verwendung des Areals. Weiteres Beispiel: die ÖVP fordert, die städtischen Immobilienfirmen nach privatwirtschaftlichen Kriterien zu führen und zB. ein Miet-Kauf-Modell zu entwickeln, mit dem „städtische Wirtshäuser“ den derzeitigen Pächtern zum Kauf angeboten werden.

BESSER WIRTSCHAFTEN!

Die ÖVP stellt mit ihrer Sommer-Kampagne 2015 die Lösung der Linzer Finanzmisere in das Zentrum der öffentlichen Debatte. „Besser wirtschaften“ bedeutet für die ÖVP Linz primär, die Stadt wieder in die Lage zu versetzen,

- nachhaltig **Zukunft und Lebensqualität gestalten** zu können und
- gerade in Konjunkturdellen **positive Impulse für die Regionalwirtschaft und den regionalen Arbeitsmarkt** liefern zu können

Wie die Daten der Budgets sowie der Mittelfristigen Finanzplanung zeigen, ist Linz von einer entsprechenden finanzpolitischen Trendwende weit entfernt.

Die Daten zeigen im Gegenteil ein weiteres Anschwellen der Defizite und Schulden, sowie damit verbunden einen weiteren Anstieg der Zinszahlungen bzw. einen weiteren Rückgang der Investitionen.

Trotz wiederholter Ankündigungen und entsprechender Absichtserklärungen im Rahmen der Stadtsenats-Klausur bleibt der Finanzreferent vorerst Programme mit nachhaltiger Sanierungswirkung schuldig.

Zudem ist aufzuklären, wie es zuletzt neuerlich zu Millionenverlusten durch Spekulationsgeschäfte im Schweizer Franken kommen konnte. Die Linzerinnen und Linzer haben durch das Vorgehen des Finanzreferenten und der Finanzverwaltung Wechselkursverluste in Höhe von 47,3 Millionen Euro erlitten. Auch unter Einrechnung von Zinsvorteilen ergibt sich ein Verlust von 11,4 Millionen Euro. Zusätzliche Brisanz beinhaltet dieser Fall, weil der Gemeinderat vor dem absoluten Kurssturz des Euro gegenüber dem Franken im November 2013 dem Finanzreferenten den Auftrag erteilt hatte, das seit 2005 laufende Geschäft so rasch wie möglich zu beenden!